



„Buhmann“ der Nation ist derzeit wohl Post-General Anton Wais (li.). Er wird für den geplanten Kahlschlag bei der Post verantwortlich gemacht. Auch KO Christian Illedits und GVV-Präsident Ernst Schmid schicken einen Protestbrief an die Post.
Seite 5

Gemeindevertreterverband hat sehr gutes Ergebnis verhandelt: Seite 2

Das Landesbudget 2009 mit Impulsen für die Gemeinden

Am Landesfeiertag, dem 11. November, werden alljährlich verdiente BurgenländerInnen geehrt – so auch in diesem Jahr. Gemeinsam mit GVV-Präsident Ernst Schmid (re.) und Klubobmann Christian Illedits (li.) zeichnete Landeshauptmann Hans Niessl auch engagierte Gemeindevertreter aus.



*Der Präsident des Gemeindevertreterverbandes Burgenland,
LAbg. Bgm. Ernst Schmid, und sein Team
wünschen allen GemeindevertreterInnen ein schönes Weihnachtsfest
und ein erfolgreiches Neues Jahr 2009!*

Kommentar



Mag. Herbert
MARHOLD
LGF
GVV Burgenland

Ertragsanteile neu – dramatische Verschiebungen!

Die Auswirkungen der Bevölkerungsveränderung bei den Abgabenertragsanteilen, die ab 2009 schlagend wird, haben massive Auswirkungen auf unsere Gemeinden. Mehr als die Hälfte der 171 Gemeinden hat Verluste. Im Schnitt liegen die Verluste bei 20.000 Euro, andere Gemeinden – vor allem im Norden des Landes – haben zum Teil starke Steigerungen. Dieses Bild wird sich in den kommenden Jahren verschärfen, nicht nur im Burgenland, sondern auch in der Steiermark, in Niederösterreich und vor allem in Kärnten.

Es gibt in all diesen Ländern wachsende und schrumpfende Bezirke, Ballungszentren und Peripherie. Wie können wir im Burgenland dieser Entwicklung begegnen?

LR Bieler hat hier zum Einen Ausgleichszahlungen angekündigt, zum Anderen gibt es auf LGF-Ebene Strategiesitzungen (Steiermark, Kärnten, Burgenland, Niederösterreich), um hier die FAG-Ungleichgewichte gegenüber dem Westen auszugleichen, denn in der sogenannten „Oberverteilung“ der Ertragsanteile zwischen den Bundesländern ist viel Potenzial enthalten.

Hier werden und müssen wir uns als GVV Burgenland – zusammen mit unseren Partnern aus Kärnten, Niederösterreich und der Steiermark – für ein faires System einsetzen, um diese Entwicklung abzumildern. Gleichzeitig muss es uns gelingen, die Abwanderung in den peripheren Regionen zu stoppen. Das wird die Herausforderung für die nächsten Jahre sein!

Mag. Herbert Marhold

Landesbudget 2009: Impuls für Gemeinden

Im burgenländischen Landtag wurde im Oktober das Budget 2009 diskutiert und beschlossen. Die SPÖ hat diesem Budget zugestimmt, die ÖVP verweigerte ihre Zustimmung, obwohl das größte Wirtschaftspaket der Landesgeschichte verabschiedet wurde und gerade dieses Budget wichtige Impulse für die Gemeinden des Landes setzen wird. GVV-Präsident Ernst Schmid: „Die SPÖ als Kommunalpartei Nummer 1 lässt die Gemeinden eben nicht im Stich!“

Und Schmid weiter: „Es stimmt mich schon sehr nachdenklich, wenn ÖVP-Gemeindereferent Steindl und Gemeindebund-Burgenland-Präsident Leo Radakovits einem Budget nicht zustimmen, das wesentliche Mittel für die Gemeinden des Landes in den nächsten Jahren bereitstellt. Die ÖVP verabschiedet sich damit wieder einmal von der Verantwortung und setzt ihren Kurs des Nein-Sagens fort.“

Das Budget von LR Helmut Bieler sieht in vielen Bereichen wichtige Impulse für die Gemeinden vor. Infrastrukturprojekte werden durch Landesmittel vorgezogen, im Bereich der Bildung und der Kinderbetreuung gibt es wesentlich mehr Mittel und nicht zuletzt wurde damit das größte Wirtschaftspaket in der Geschichte des Landes verabschiedet.

Außerdem hat Bieler bereits zugestimmt, Ausgleichszahlungen an

Abgangsgemeinden seitens des Landes vorzunehmen. Hintergrund dazu: Im derzeitigen FAG ist festgelegt, dass ab dem Jahr 2009 die Ertragsanteile des Bundes, also die wichtigsten Finanzmittel für unsere Gemeinden, nicht mehr nach der alle 10 Jahre stattfindenden Volkszählung, sondern jährlich durch die elektronische Registerzählung bestimmt werden. Die Ertragsanteile werden pro Einwohner ausbezahlt.

Für viele Gemeinden, die unter sinkenden Einwohnerzahlen leiden, bedeutet das jährliche, massive finanzielle Einbußen.

GVV-Präsident Ernst Schmid abschließend: „Die Gemeinden können sich auf den GVV Burgenland und das SPÖ-Regierungsteam verlassen. Wir garantieren allen Abgangsgemeinden Ausgleichszahlungen des Landes.“



Mehr Geld löst in den Gemeinden wertvolle Impulse, beispielsweise im Infrastrukturbereich aus. Foto: bilderbox

Liebe Gemeindevertreterinnen!
Liebe Gemeindevertreter!

Ländlicher Raum: Der Kampf geht weiter!

Unser Bestreben muss es sein, Arbeitsplätze, Infrastruktur und Lebensqualität im ländlichen Raum zu stärken und auszubauen. Mir ist daher gerade in Zeiten einer drohenden Wirtschaftsflaute völlig unverständlich, dass das Postmanagement wieder einen Anschlag auf den ländlichen Raum vollzieht.

Was will man damit erreichen? 2001/02 wurden im Burgenland insgesamt 48 Postämter geschlossen, 2006 wurden weitere 16 geschlossen. Nun redet die Post von tausend Postämtern, die österreichweit geschlossen werden sollen. Für das Burgenland könnten dann zwei bis drei Postämter pro Bezirk übrig bleiben.

Wir vom GVV übernehmen Verantwortung und wir werden daher – wie schon 2006 – handeln.

2006 haben wir vier Postämter gerettet! Wir haben jetzt die „kommunale Notrufaktion“ seitens der SPÖ und des GVV Burgenland ins Leben gerufen. Resolutionen gegen die weitere Ausdünnung des ländlichen Raums wurden an alle Gemeinden versendet und wir haben im Landtag einen diesbezüglichen Entschließungsantrag eingebracht. Damit wollen wir eine breite Front gegen diesen „Schließungswahnsinn“ aufbauen!

Eine weitere Schließungswelle bei den Postämtern ist unser größter

Bedrohung nicht mehr zumutbar. Gerade ältere Personen brauchen ein Postamt vor Ort. Aber auch als Wirtschaftsfaktor sind sie wichtig. Wenn weiterhin Infrastruktur in den Gemeinden mutwillig abgebaut wird, dann wird sich das auch auf den Standort der Gemeinden als Wirtschaftszone negativ auswirken. Ich glaube nicht, dass wir uns das leisten können.

Mit der weiteren Ausdünnung des ländlichen Raums wird es auch nicht gelingen, die Landflucht zu verhindern und die Abwanderung der Arbeitsplätze in die Städte zu stoppen.

Werner Faymann hat es vorgemacht und die Universaldienstverordnung so abgeändert, dass für sechs Monate Schließungen ausgeschlossen sind. Der Sozialdemokratische Gemeindevertreterverband Burgenland hat dazu eine positive Stellungnahme abgegeben. Diese Stellungnahme wurde auch dem Österreichischen Gemeindebund zur Kenntnis gebracht.

Wichtig für uns ist die Aufrechterhaltung sämtlicher Poststellen, wobei die Grundversorgung durch vollwertige Postämter zu gewährleisten ist. Geplante Maßnahmen zur Restrukturierung der Post sind umgehend dem Land Burgenland, den Gemeinden sowie den Gemeindeverbänden bekannt zu geben. Der Finanzminister wird weiters aufgefordert, die erforderlichen Beschlüsse in der ÖIAG her-

beizuführen, damit ein Konzept vor gelegt wird, das die ausreichende flächendeckende Versorgung mit Postgeschäftsstellen sicher stellt. Das Postgesetz ist in Hinblick auf die Liberalisierung des Postmarktes so zu ändern, dass eine flächendeckende, leistbare und hochwertige Versorgung der gesamten Bevölkerung sichergestellt wird. Außerdem sollen faire Rahmenbedingungen im Postmarkt festgelegt werden, um Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der Post AG gegenüber privaten Anbietern und Benachteiligungen des ländlichen Raums zu verhindern.

Zur Absicherung gegen Lohn- und Sozialdumping und Gewährleistung stabiler Arbeitsverhältnisse ist ein österreichweit für alle Postbediensteten geltender Branchenkollektivvertrag auf Basis des Angestelltengesetzes zu schaffen.

Ein Wort noch zu den Alternativlösungen: Die Gemeinden sind sicherlich keine Alternative als Betreiber von Postgeschäftsstellen. Es gibt auch im Burgenland Gemeinden, die hier für die Post eingesprungen sind.

ABER: Jede Gemeinde, die eine Postgeschäftsstelle betreibt, zahlt drauf. Finanziell rechnet sich das für die Gemeinden nicht. Wir wissen, und die neuesten Zahlen zu den Ertragsanteilen beweisen das, dass die Ertragsanteile für mehr als die Hälfte aller burgenländischen Gemeinden 2009 einbrechen.

Labg. Bgm.
Ernst SCHMID
Präsident
GVV Burgenland



Das hat viel mit der Umstellung auf die neue, jährliche Registerzählung zu tun, aber auch mit der globalen Finanzkrise.

Und gerade in so einem Umfeld, wo die Menschen nach Sicherheit suchen, kommt das Postmanagement und will tausend Filialen schließen und tausende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abbauen. Das ist absolut gegen die Interessen der Bevölkerung und hat auch wirtschaftlich überhaupt keinen Sinn.

Wir fordern daher die Post AG und den Finanzminister auf, diese Schließungswelle endgültig zu beenden. Ein Vorbeiregieren an den Bedürfnissen der Bevölkerung kann nicht gut ausgehen.

SPÖ und GVV Burgenland kämpfen für den ländlichen Raum und für unsere Gemeinden! Die Gemeinden des Landes brauchen ihre Postämter – und vor allem die Burgenländerinnen und Burgenländer brauchen ihre Post.

Euer

Devisenoptionengeschäfte: Strengere Regeln nötig!

Die Finanzkrise macht auch vor dem Burgenland nicht Halt. Aufgrund der Devisenoptionengeschäfte einiger Gemeinden wurde schon im Sommer im Landtag auf Initiative der SPÖ und des GVV eine massive Verschärfung der Kontrollen beschlossen.

GVV-Präsident Ernst Schmid: „Der GVV hat immer zur Eile gedrängt, um den Gemeinden klare Regeln mitzugeben. Gemeindereferent Franz Steindl ist aber säumig, denn eine ‘taugliche’ Verordnung lässt weiter auf sich warten!“

Im Burgenland haben zumindest elf Gemeinden riskante Optionengeschäfte getätigt, um ihr Gemeindebudget aufzubessern. Die Gemeindeaufsicht unter Steindls Führung hat sich zunächst „unzuständig“ erklärt und später versucht, diese Auffassung zu stärken und das Versagen der Aufsichtsbehörde zu verschleiern. Schmid: „Es ist traurig, dass Steindl noch immer nicht die richtigen Konsequenzen aus seinen

Versäumnissen und jenen seiner Gemeindeabteilung gezogen hat und alle anderen hier ‘Schuld’ sein sollen! Außerdem muss Steindl bereits vor Jänner 2007 voll informiert gewesen sein, obwohl er immer das Gegenteil behauptet, da entsprechende Anfragen von einzelnen Gemeinden bereits weit vor Jänner 2007 an die Gemeindeabteilung gegangen sind.

Aufgrund der aktuellen Finanzkrise ist über eine Verschärfung der Kriterien und Verbote nachzudenken. Hochriskante Spekulationsgeschäfte sollen in Zukunft prinzipiell untersagt werden, im Hinblick auf weniger riskante Finanzinstrumente sollen die Gemeinden



Gemeinden haben durch Spekulationen viel Geld verloren ... Foto: bilderbox

im Rahmen der Gemeindeautonomie agieren – aber nur unter ganz strengen Maßstäben. Hier muss es einen tauglichen Verordnungsentwurf geben. Die novellierte Gemeindeordnung gibt den Rahmen ja bereits vor.

Schmid abschließend: „Wir als GVV fordern Gemeindereferent Steindl auf, rasch eine taugliche Verordnung vorzulegen und seine Abteilung so zu strukturieren, dass eine optimale Überprüfung der Gemeinden gewährleistet ist. Außerdem soll Steindl endlich sein Versprechen einlösen, und, wie im Sommer zugesichert, den elf betroffenen Gemeinden Finanzexperten zur Verfügung stellen“ ◆

Info-Tage in Nord & Süd

Der Sozialdemokratische Gemeindevertreterverband und der Gemeindebund luden Ende Oktober zu Informationstagen zum Thema „Grundsteuerproblematik und Absetzbarkeit von Werbungskosten für KommunalmandatarInnen“ nach Trausdorf bzw. Oberwart. Je 70 bis 80 Interessierte informierten sich ...

Da es im Burgenland immer noch große Rückstände bei der Erlassung von Einheitswertbescheiden gibt, nimmt dieser Umstand den Gemeinden die Möglichkeit, die Vorschreibung der Grundsteuer rechtzeitig vorzunehmen. Dadurch entgehen den burgenländischen Gemeinden wichtige Finanzmittel. Der Sozialdemokratische Gemeindevertreterverband Burgenland wurde bereits im Jahr 2005 tätig. Zusammen mit den zuständigen Behörden konnten neue, vereinfachte Formulare entwickelt werden, die eine Bewertung für die Sachbearbeiter auf den Finanzämtern erleichtern. Damit konnte im Bereich der neu zu bewertenden Objekte eine Entschärfung der Lage erreicht werden. „Die größten Probleme“, so GVV-Präsident Ernst Schmid, „bereiten uns

nach wie vor die großen Rückstände. Ein Hauptproblem dabei sind und waren die Verjährungsfristen, denn laut geltender Gesetzeslage verjährt das Recht, die Grundsteuer festzusetzen, nach fünf Jahren.“

Beispiel: Eine Gemeinde im Südburgenland hat im Jahr 2000 schon auf eine Grundsteuer in der Höhe von Euro 3.624,80 verzichten müssen. Bewertungen für die Jahre 1990, 1991 1992 und 1993 wurden vom Finanzamt Oberwart erst im Jahre 1999 erledigt.

Bessere Zukunft

Und Schmid weiter: „Diese Veranstaltung soll eine Informationsveranstaltung für die Gemeinden sein, die auch dem zuständigen Finanzamt die Möglichkeit gibt, zu diesen Rückstän-

den Stellung zu nehmen und gemeinsam zu überlegen, wie wir in Zukunft die Rückstände noch besser in den Griff bekommen und auch die Bewertung weiter beschleunigen können.“

Was sind Werbungskosten?

Und zum Thema Werbungskosten: Der GVV bietet im Rahmen der KOPAK (siehe Seite 7 dieser Ausgabe von *Neue Gemeinde*) Schulungen zu dieser Thematik an. Das grundsätzliche Problem ist immer wieder, dass vielen FunktionärInnen auf kommunaler Ebene nicht immer eindeutig klar ist, welche Kosten und Aufwendungen man beim Finanzamt geltend machen kann. „Daher“, so Schmid, „wollen wir so kurz vor dem Jahreswechsel die Chance ergreifen und in Kooperation mit den für uns zuständigen Finanzämtern hier möglichst Klarheit schaffen, damit beim nächsten Steuerausgleich diese neuen Erkenntnisse genutzt werden können.“ GVV-Präsident Ernst Schmid bedankte sich in diesem Zusammenhang bei Finanzamtsvorstand Dkfm. Weber, der seine ReferentInnen zur Verfügung stellte ... ◆

STOPP dem POST-Kahlschlag!

SPÖ, Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband und Post-Gewerkschaft ziehen im Kampf gegen die drohende Schließung weiterer Postämter im Burgenland an einem Strang. „Der ländliche Raum braucht eine verlässliche Post-Grundversorgung. Wir fordern daher nicht nur eine Beschäftigungsgarantie für alle Post-Mitarbeiter im Burgenland, sondern erwarten vom Management und vom Finanzminister auch eine Zukunftsstrategie, die die Post-Filialstruktur im Burgenland nachhaltig sichert“, betonen Klubchef Christian Illedits und GVV-Präsident Ernst Schmid sowie der stv. Post-Zentralbetriebsratsvorsitzende Martin Palensky.

SPÖ und GVV starten eine „kommunale Notruf-Aktion“, um den Druck auf die verantwortlichen Stellen zu erhöhen: Allen burgenländischen Gemeinden wurde eine Resolution gegen die Kahlschlag-Pläne bei der Post zur Verfügung gestellt. Die Kommunen wurden dazu eingeladen, sich mit einem Beschluss im Gemeinderat für den ländlichen Raum stark zu machen.

Die Kürzungspläne bei der Post sorgen für massive Verunsicherung in der Belegschaft und in der Bevölkerung. Kolportiert werden der Abbau von bis zu 9.000 Mitarbeitern und die Schließung von hunderten Postämtern. Post-Vorstand Wais sprach von 65 Prozent der derzeitigen Filialen, die zur Disposition stehen. „Das würde auch das Burgenland massiv treffen. Für uns ist das einfach nicht hinnehmbar“, stellte sich Klubchef Illedits demonstrativ hinter den Protest der Gewerkschaft: „Eine verlässliche Versorgung mit Post-Dienstleistungen ist ein wesentlicher Beitrag zur Lebensqualität

und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit im ländlichen Raum. Diese Grundversorgung wurde im Burgenland bereits durch zwei Schließungswellen zwischen 2000 und 2006 empfindlich geschwächt. 63 von 126 Postämtern wurden bereits geschlossen. So kann es nicht weiter gehen!“ Gewerkschafter Palensky kritisiert Management und Eigentümervertreter: „Der Finanzminister, die ÖIAG und der Postvorstand machen es sich zu einfach, wenn sie nur vom Zusperrn und vom Personalabbau sprechen! Wir wollen endlich kluge und sozial verträgliche Vorschläge zur Entwicklung der Post AG hören.“ Tatsächlich ist die Strategie der Post AG seit Jahren dieselbe. Immer mehr Filialen werden geschlossen oder an Subunternehmer vergeben – immer mehr Personal wird abgebaut und/oder ins sogenannte „Entwicklungscenter“ abgeschoben.

Der Sozialdemokratische GVV und der SPÖ-Landtagsklub lehnen diese Pläne ab. GVV-Präsident Ernst Schmid:

„Die burgenländischen Gemeinden haben schon genug ‘geblutet’. Wir brauchen eine funktionierende Infrastruktur – und die Post hat dabei eine Schlüsselfunktion. Es ist den Menschen nicht zuzumuten, dass sie 50 Kilometer bis zum nächsten Postamt zurücklegen müssen. Wir wollen Chancengleichheit für alle Menschen, egal ob sie im Ballungsraum oder in einem Dorf leben!“ Das Unternehmen müsse sich natürlich auf die Postmarkt-Liberalisierung vorbereiten, räumt Klubchef Illedits ein: „Aber das kann sinnvoll nur durch eine offensive Zukunftsstrategie gewährleistet werden, nicht durch die Selbstauslöschung des Unternehmens. Für’s Zusperrn und Kündigen braucht man keine teuren Manager!“

Faymann-Verordnung bringt Nachdenkpause

Verkehrsminister Werner Faymann hat bereits reagiert und die Post-Universaldienstverordnung so geändert, dass die ausreichende Versorgung mit Universaldiensten durch Postgeschäftsstellen bis auf weiteres sichergestellt ist, d. h. die Post AG kann nicht sofort mit der Schließungsaktion beginnen! „Damit hat Faymann eine Nachdenkpause erzwungen. Die müssen jetzt aber andere nutzen – die nämlich, bei denen der Ball wirklich liegt, weil sie zuständig sind: der Post-Vorstand, die ÖIAG und als zuständiger Eigentümervertreter der Republik Österreich Finanzminister Molterer“, fordert Illedits.

Um den Anliegen des Burgenlands Nachdruck zu geben, starteten der SPÖ-Klub und der GVV eine „kommunale Notruf-Aktion“: Sämtlichen Gemeinden wurde ein Resolutionsentwurf zur Verfügung gestellt, der in den Gemeinderäten beschlossen werden soll. In dieser Resolution werden der Finanzminister und der Post-Vorstand aufgefordert, die Kahlschlag-Pläne zu stoppen. ◆



Kämpfen um Erhalt der Postämter – v. l.: Illedits, Palensky, Schmid

Foto: zVg

Discobus: Viel Neues!

Neuer Fahrplan – Neue Mitgliedsgemeinde – Neue Schwerpunktaktion: Nach dieser Devise wird das Discobus-Angebot im Burgenland weiter optimiert. "Wir bemühen uns permanent, auf die Anliegen der Jugendlichen einzugehen und Anregungen unserer Partnergemeinden aufzugreifen. So sorgen wir dafür, dass die größte Verkehrssicherheitsinitiative für Jugendliche im Burgenland weiter wächst und noch besser angenommen wird", betont der Obmann des Vereins Discobus, LAbg. Christian Illedits.



Auch für Erwachsene da: Discobus

Gemeinsam mit Obmann-Stv. Andreas Gradwohl und Geschäftsführer Thomas Hofmann präsentierte Illedits

viel Neues rund um das Projekt Discobus. Wurde 2007 die Rekordzahl von 60.000 Jugendlichen befördert, kann dieser Wert heuer noch einmal übertroffen werden. Rechtzeitig zur Punsch- und Ballsaison läuft die neue Aktion „Feiern ohne Fahren“ an. Dabei werden über den Verein Discobus maßgeschneiderte Shuttles für Firmenfeiern organisiert. Außerdem werden nach Vereinbarung innerhalb des Linienbetriebs Ballveranstaltungen so angefahren, dass man möglichst komfortabel vor dem Veranstaltungsort zu- und aussteigen kann. Bis zum Ende der Faschingszeit stehen die Discobus-Linien auch für Erwachsene zur Verfügung. „Wir wollen mithelfen, dass in der veranstaltungs-, aber

auch unfallreichsten Zeit des Jahres das Risiko im Straßenverkehr niedrig bleibt“, betonen die Discobus-Verantwortlichen unisono.

Mit der Ausweitung in das Südburgenland im Vorjahr hat das Projekt „Discobus“ den bislang breitesten Ausbaustand seit seiner Gründung vor über 15 Jahren erreicht: Derzeit sind jeden Samstag 16 Discobusse in den Bezirken Neusiedl, Eisenstadt, Mattersburg, Oberpullendorf, Oberwart und Güssing unterwegs. Im Nord- und Mittelburgenland ist die ÖBB-Postbus GmbH der Betriebspartner, im Süden die Firma Südburg. Finanziell mitgetragen wird unser Netz von derzeit rund 135 Mitgliedsgemeinden. „Wichtig ist, dass wir unseren konsensorientierten Weg fortführen, um so ein optimales Angebot für die Burgenländer zu schaffen“, betont GF Thomas Hofmann. Daher werden mit dem Fahrplanwechsel am 17. Dezember weitere Feinabstimmungen vorgenommen. Auch eine neue Mitgliedsgemeinde wird dabei ins Liniennetz aufgenommen: Mit Start des neuen Fahrplans werden die Discobusse – die definitive Zustimmung des Bürgermeisters vorausgesetzt – auch in Edelstall (Bezirk Neusiedl) Station machen. ◆

KOPAK-Offensive

Der Burgenländische Gemeindevertreterverband (GVV) startet eine neue Schulungsoffensive. Die Kommunalpolitische Akademie (KOPAK) steht dabei im Zentrum. Deren aktuelles Programm steht jetzt auch im Internet.

GVV-Präsident Ernst Schmid: „Nach dem großen Erfolg der Schulungen bisher gehen wir jetzt online!“

Der GVV Burgenland hat nach der letzten Gemeinderatswahl 2007 ein umfassendes Schulungsprogramm für die KommunalpolitikerInnen des Landes gestartet. In Kooperation mit dem Renner Institut Burgenland (RI) gab es in allen Bezirken Basisseminare für die Gemeindefunktionäre der SPÖ. Fast 800 GemeindevertreterInnen haben das kostenlose Schulungsangebot von GVV und RI angenommen. Schmid weiter: „Auf dieser tollen Grundlage wollen wir aufbauen! Ab sofort können unsere KommunalpolitikerInnen das Kurspro-

gramm und alle Infos auch online unter www.gvvbgld.at abrufen. Damit wollen wir unseren Funktionärinnen und Funktionären noch mehr Service bieten. Selbstverständlich kann man sich auch online für die einzelnen Veranstaltungen anmelden!“

Nach den Schwerpunktseminaren, die vor allem die Grundzüge der Gemeinde- und der Geschäftsordnung vermittelt haben, wird es nun weitere Seminare im Rahmen der KOPAK geben. Das Programm umfasst neben der Gemeindeordnung, die vertiefend näher gebracht wird, Seminare zum Voranschlag, Rechnungsabschluss und Prüfungsausschuss, zum Baurecht



sowie Rhetorikseminare, Projektmanagement und ein spezielles Programm für weibliche und für jugendliche Gemeinderäte.

Schmid abschließend: „Bildung ist der Schlüssel zum Wahlerfolg und der Schlüssel zu einer erfolgreichen Politik für die Menschen in unseren Gemeinden. Wir wollen mit der neuen Website moderne Wege gehen, um einerseits mehr Service zu bieten und andererseits inhaltlich – mit top geschulten FunktionärInnen – mehr für die Menschen zu erreichen! ◆

Schneeräumung: Wer haftet?

Wer muss wann räumen – und vor allem wer haftet? Auf mehrere Gesetze verteilt finden sich die gesetzlichen Verpflichtungen zur Schneeräumung auf Straßen und Gehwegen. Eine Abgrenzung der einzelnen Verpflichtungen und Haftungsbestimmungen ist in der Praxis oft schwierig.

Nach § 93 der Straßenverkehrsordnung müssen grundsätzlich die Eigentümer von Liegenschaften im Ortsgebiet (ausgenommen Eigentümer von unverbauten, land- und forstwirtschaftlich genutzten Liegenschaften) dafür sorgen, dass Gehsteige und Gehwege, die sich innerhalb einer Entfernung von 3 Metern ab der Grundstücksgrenze befinden und dem öffentlichen Verkehr dienen, entlang der gesamten Liegenschaft in der Zeit von 6 bis 22 Uhr von Schnee und Verunreinigungen gesäubert und bestreut sind. Existiert kein Gehsteig (Gehweg), so ist der Straßenrand in einer Breite von einem Meter zu säubern und zu bestreuen. Überdies haben die Verpflichteten für die Entfernung von Schneewächten und Eisbildungen von den Dächern ihrer an der Straße gelegenen Gebäude zu sorgen.

Der Grundstückseigentümer haftet für Schäden, die durch die Vernachlässigung dieser Pflicht entstanden sind, bereits ab leichter Fahrlässigkeit. Wenn er zusätzlich Wegehalter ist und grob fahrlässig gehandelt hat, haftet er auch nach § 1319a ABGB.

Stichtwort Straßenverkehrsordnung: Die Gemeinde ist zur Schneeräumung auf Gehwegen nach der Straßenverkehrsordnung lediglich dann verpflichtet, wenn sie Grundstückseigentümer im Ortsgebiet ist und Gehwege und Gehsteige innerhalb einer Distanz von 3 Metern anliegen (Rathaus, Kindergarten etc.). Übernimmt eine Gemeinde jedoch freiwillig (auch ohne ausdrücklichen Vertrag) die Räumung von Gehsteigen, die sie nicht räumen muss, so nimmt der OGH eine Vereinbarung zwischen

Gemeinde und Grundstückseigentümer an. In einem solchen Fall haftet die Gemeinde ab leichter Fahrlässigkeit.

Wann ist keine Haftung der Gemeinde gegeben? Wird ein Weg der Gemeinde im Sinne des § 1319a ABGB (Fußweg, Gemeindestraße etc.) jedoch unerlaubt benützt, so ist eine Haftung der Gemeinde ausgeschlossen. Dies ist dann der Fall, wenn die Gemeinde z.B. einen Weg in einem Park durch das Aufstellen von Verbotstafeln behördlich gesperrt hat oder über eine Straße, zu deren Räumung und Bestreuung die Gemeinde verpflichtet ist, durch die Bezirksverwaltungsbehörde zur Gefahrenabwehr ein Verkehrsverbot verhängt worden ist, sowie wenn durch eine entsprechende Kennzeichnung (Beweisfrage) für jedermann erkennbar ist, dass kein Winterdienst auf diesem/r Weg/ Straße durchgeführt wird.

Eine Haftung der Gemeinde ist in der Regel auch dann nicht gegeben, wenn sie die Erfüllung der oben genannten Pflichten einem Privaten vertraglich überträgt. ♦

Frohe Weihnachten
und ein gutes
neues Jahr

wünscht der
Pensionistenverband Burgenland

Brigitta Horvath
Landessekretärin

Johann Grillenberger
Landesvorsitzender

Sterntalerhof
Kinderhospiz

GLÜCK
bis zum Schluss!

Sei ein Glücksbringer
mit deiner SMS-Spende
an 0664 660 1001

www.sterntalerhof.at

Landtags-Enquete:

Erwachsenenbildung & Lebenslanges Lernen

„Erwachsenenbildung ist mehr als das Erwerben von Arbeitsqualifikationen“, betonte Univ.-Prof. Mag. Dr. Elke Gruber in ihrem Einleitungsstatement zur Diskussion im burgenländischen Landtag. Die vom SPÖ-Landtagsklub einberufene Enquete stand unter dem Titel „Die gesellschaftliche Bedeutung der regionalen Erwachsenenbildung im Rahmen des Lebenslangen Lernens“. An der Diskussion nahmen u.a. Vertreter namhafter Bildungsorganisationen teil.

„Lebenslanges Lernen und Erwachsenenbildung ist eine der zentralen Herausforderungen der aktuellen Bildungspolitik“, meinte der für Bildung zuständige Landesrat Helmut Bieler. Nach der Erstellung von Leitlinien für Erwachsenenbildung solle nun die Diskussion auf politischer Ebene über die Zukunft dieses Bildungszweiges eröffnet werden.

Um einen Denkanstoß zu geben, wurde Univ.-Prof. Mag. Dr. Gruber eingeladen, ein kurzes Referat zum Thema

zu halten. Gruber hat einen Lehrstuhl für Erwachsenen- und Berufsbildung an der Universität Klagenfurt inne.

„Erwachsenenbildung muss flexibel sein“, so die Expertin. Die Stärke dieser Bildungssparte sei ihre Pluralität und Bürgernähe. Sie müsse auf aktuelle Entwicklungen schnell reagieren können. Wenn das gelinge, sei Erwachsenenbildung „Lebensbegleitendes Lernen“, das auf aktuelle Trends eingehen könne.

Von politischer Seite wurden auch



LR Helmut Bieler bei der Enquete zum Thema Erwachsenenbildung

die finanziellen Mittel für Erwachsenenbildung angesprochen. In den nächsten acht Jahren, der so genannten Phasing Out-Periode, werden insgesamt 6,85 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Das ist eine Steigerung der Mittel um 92 Prozent. Wichtiges Forum für Erwachsenenbildung im Burgenland ist die „Burgenländische Konferenz der Erwachsenenbildung“ – (BuKEB). ♦

Grenzenloses Haydnpaket

Die seit 20 Jahren durch die Österreichisch-Ungarische Haydn Philharmonie unter Adam Fischer bestehenden Anknüpfungspunkte werden im Haydn-Jahr 2009 ausgebaut und inten-

siviert. „Wir wollen damit nicht nur dem wohl berühmtesten Komponisten unseres Landes Tribut zollen und sein Werk umfassend darstellen, sondern auf der Basis dieses gemeinsamen kul-

turellen Erbes auch eine entsprechende Nachhaltigkeit für die Kultur und den Tourismus unserer Region erreichen“, erklärten kürzlich in Budapest Kulturlandesrat Helmut Bieler und der ungarische Staatssekretär des Ministeriums für Bildung und Kultur, Ferenc Csák, anlässlich der Präsentation der zahlreichen gemeinsamen Aktivitäten und Kooperationen im Haydn-Jahr 2009.

Joseph Haydns Lebensradius umfasste – abgesehen von den Reisen nach London und Paris – ein Gebiet, das sich zwischen Eisenstadt und Wien, Rohrau (NÖ) und dem ungarischen Sopron erstreckt.

Das Haydn-Jahr 2009 bietet – ausgehend vom wohl berühmtesten Zitat Joseph Haydns „Meine Sprache versteht man durch die ganze Welt“ – für Ungarn wie auch für Österreich die einmalige Gelegenheit, auf die Besonderheiten dieser multikulturellen Region hinzuweisen und gemeinsam den Kosmopoliten Haydn zu entdecken. ♦



Der ungarische Kulturstaatssekretär Ferenc Csák (li.) und Burgenlands Kulturlandesrat Helmut Bieler präsentierten gemeinsam ein umfangreiches „Haydnpaket“. Dazu zählen u.a. der leihweise Austausch wertvoller Dokumente und Autographen, die in den Schlössern Esterházy in Fertőd und Esterházy in Eisenstadt zu bewundern sein werden.

Dorferneuerung mit Energiecheck-Tool

„Die Menschen und ihr unmittelbarer Lebensraum, die Gemeinden, sind das wesentliche Betätigungsfeld für die Dorferneuerung. Energieeffizienz und Klimaschutz sind untrennbar miteinander verbunden – und die neue Ausrichtung der Dorferneuerung nimmt darauf Rücksicht! Deshalb bilden Dorferneuerung und Klimaschutz eine Erfolg versprechende Partnerschaft im Interesse der Menschen“ sagt Landesrätin Verena Dunst.

Eine gleichsam erste Vorstufe des nunmehr vorliegenden EKKO-Projekts ist das seit Beginn des Jahres im Internet verfügbare Energiecheck-Tool, das extra für die burgenländischen Gemeinden im Auftrag der Landesrätin von der FH Pinkafeld entwickelt worden ist.

Jede Gemeinde hat dazu die entsprechende Einweisung und auch die Zugangsdaten erhalten.

Das Projekt EKKO, für dessen Inhalt und Umsetzung die Burgenländische Energieagentur mit DI Hans Binder verantwortlich zeichnet, wird mit Mitteln aus der Dorferneuerung unterstützt. Jede beteiligte Gemeinde erhält im Rahmen der Erstellung ihres Energiekonzepts bis zu 60 % der Konzeptkosten, maximal jedoch 12.000 Euro. Einzelheiten zu Inhalt und Fördermodalitäten können bei der Burgenländischen Energieagentur bzw. beim Referat Dorferneuerung beim Amt der Bgld. Landesregierung in Erfahrung gebracht werden.

Landesrätin Dunst (im Bild oben



mit GVV-Präs. Ernst Schmid): „Die Dorferneuerung bemüht sich, dort Unterstützung anzubieten, wo der Lebensraum der BurgenländerInnen verbessert werden kann und die Menschen einen spürbaren Vorteil erfahren.“ ♦

Dorferneuerung neu

Die umfassende Dorferneuerung hat hinkünftig – noch mehr als bis dato – eine moderne und zukunftsorientierte Strategie für die Menschen im Burgenland als Zielsetzung. Aus diesem Grund wurde das Spektrum der Dorferneuerung erweitert und die im Jahr 2007 erlassenen Richtlinien modernisiert. Sie traten rückwirkend mit 5. September 2008 in Kraft.

Ein wichtiger Ansatz, der auch entsprechend gefördert wird, ist dabei die Unterstützung der Gemeinden durch ausgebildete ProzessbegleiterInnen. „Wir wollen nicht nur hohe Lebensqualität erhalten, sondern insbesondere die Burgenländerinnen und Burgenländer ermutigen, verstärkt Eigeninitiative zu entfalten, um wirklich alle Zukunftschancen nutzen zu können“ sagte dazu Landesrätin Verena Dunst.

Aktive und kreative, von den Menschen gemeinsam getragene Dorfentwicklungsprozesse sind für Landesrätin Dunst wichtig, um die burgenländischen Dörfer lebens- und liebenswert zu erhalten.

Neben den baulichen und gestalterischen Maßnahmen sollen in die Dorf-

erneuerung daher verstärkt neue, aktuelle Aufgabenstellungen und inhaltliche Schwerpunkte Eingang finden. Diese umfassen beispielsweise die Bereiche Soziales, Alten- und Kinderbetreuung, Jugend, Kulturelles, Gender-Mainstreaming, Nahversorgung, Mobilität im ländlichen Raum und Nachhaltigkeit auf dem Sektor Energie und Ökologie.

Mittels budgetärer Umschichtungen in Richtung Dorferneuerung ist dazu ein großer Schritt zur noch besseren Unterstützung der burgenländischen Gemeinden getan worden. Bis zum Jahr 2013 stehen nun in der Dorferneuerung zusätzlich zu den mehr als 700.000 EURO im nationalen Budget pro Jahr durchschnittlich 1,4 Millionen EURO im E-LER-Programm zur Verfügung.

In allen Fällen sind die Beachtung von Gleichstellung/Gender-Mainstreaming und die Erarbeitung eines konkreten Umsetzungsplans Grundvoraussetzungen für die Auslösung der Mittel. Es geht bei der umfassenden Dorferneuerung um die nachhaltige Gestaltung und Entwicklung durch intensive Prozessarbeit – spricht BürgermeisterInnenbeteiligung – auf Gemeinde-

ebene. Damit soll das Dorf als Wohn-, Arbeits- und Sozialraum mit eigenständiger Kultur verwirklicht, eine Verbesserung der Lebensverhältnisse der Ortsbewohner erreicht, die wirtschaftliche Existenz der Dörfer abgesichert, die bauliche und kulturelle Eigenart gewährleistet, die Eigenständigkeit der Dörfer gestärkt und der Abwanderung aus den Dörfern strukturschwacher Räume entgegengewirkt werden.

Förderschwerpunkte sind Information und Prozessbegleitung, die Erstellung eines Dorferneuerungsleitbildes, die Planung/Entwicklung von Projekten zur Realisierung des Dorferneuerungsplanes sowie die Planung/Entwicklung von Projekten zur Realisierung des Dorferneuerungsleitbildes als neuer Maßnahmenkatalog mit Akzenten im sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Bereich. Diese neuen

Fördermaßnahmen sollen beispielsweise zur Sicherung der Nahversorgung in den Gemeinden, zur Ortsbildgestaltung, aber auch zur Verbesserung der Mobilität, der Bildung, der Interkommunalen Zusammenarbeit, der sozialen Bereiche, der Energie- und Umweltsituation sowie zur Identitätsförderung beitragen. ♦

Kinderbetreuung auf neuen Beinen

Im Burgenland wird es durch ein neues Gesetz zu einem weiteren Ausbau und einer Qualitätsverbesserung im Bereich der Kinderbetreuung kommen.

Basis dafür ist ein völlig neues Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz, das nach intensiven Verhandlungen unter Einbindung des GVV am 30. Oktober im Landtag beschlossen wurde. Das neue Gesetz kann damit mit 1. Jänner 2009 in Kraft treten. Die Eckpunkte dieses gemeinsamen Gesetzes von SPÖ und ÖVP sind:

- ▶ Stärkung der Gemeindeautonomie
- ▶ Möglichst bedarfsgerechte Betreuung für Kinder und Eltern
- ▶ Flexibilität fördern – „zulassen statt verordnen“

Die wichtigsten Neuerungen für Familien, Gemeinden und Kindergarten-PädagogInnen sind:

- ▶ Gesetzlicher Versorgungsauftrag (bedarfsgerecht, flächendeckend und

gemeindeübergreifend): Anspruch auf einen Betreuungsplatz für jedes Kind.

- ▶ Mehr Betreuungsplätze für unter 3jährige; vollinhaltliche Berücksichtigung der Art. 15a-V Vereinbarung über die frühsprachliche Förderung und Schaffung zusätzlicher Kinderbetreuungsplätze

- ▶ Klare Aufwertung des Bildungsaspektes; verpflichtende Verankerung eines Entwicklungskonzeptes und eines pädagogischen Konzeptes

- ▶ Festschreibung von Mindestöffnungszeiten – mindestens 20 Wochenstunden

- ▶ Hortförderung unter pädagogischen Gesichtspunkten - nämlich in Kombination mit dem Angebot einer lernbezogenen Stunde

- ▶ der gemeindeübergreifende Ansatz wird erweitert – nicht nur in Kinderkrippen, sondern auch bei eingruppigen Kindergärten erhöhte Fördersätze

- ▶ Senkung des Eintrittsalters auf 2,5 Jahre – außer bei Bestehen einer Kinderkrippe

- ▶ Ermöglichung von alterserweiterten Kindergartengruppen – bei Bedarf und unter klaren Rahmenbedingungen

- ▶ ein neuer Mindestpersonaleinsatz

wird definiert – verpflichtende Helferin /Helfer auch in eingruppigen Kindergärten; für weitere Gruppen verpflichtende Helferin/Helfer variabel zwischen 10 und 20 Stunden

- ▶ neue flexible und bedarfsangepasste Ferienregelung – autonome Gestaltung durch die Gemeinden

- ▶ Einsatz von Tagesmüttern für die Betreuung in den Räumen der Kinderbetreuungseinrichtungen ermöglichen (Ferien/ Krankenstandsvertretung)

- ▶ eine verpflichtende, kostenlose ärztliche Untersuchung jährlich

- ▶ Wesentliche Verbesserungen für die Gemeinden: Flexibilisierung im Bereich der betrieblichen Gestaltung – Reduzierung der Mindestflächen ab der zweiten Gruppe auf 500 m²; andererseits durch neue Fördermechanismen: gruppenbezogene Förderung – Ausweitung der geförderten Wochenstunden von 48 auf 60. Gemeinden können für sich selbst ein spezielles Kinderbetreuungsangebot aus einem Angebotskoffer zusammenstellen.

- ▶ Neue Urlaubsregelung für die KindergartenpädagogInnen: Die durchschnittliche Ferienzeit wird in Arbeitstage umgerechnet, das bedeutet:

a) KindergartenpädagogInnen, deren Dienstverhältnis vor dem 1. November 2008 begründet wurde: Bei einem Dienstalder von weniger als 25 Jahren: 41 Arbeitstage; bei einem Dienstalder von 25 Jahren und mehr: 43 Arbeitstage

b) KindergartenpädagogInnen deren Dienstverhältnis nach dem 1. November 2008 begründet wird: 38 Arbeitstage.

WIR PRODUZIEREN

ZEITUNGEN

MAGAZINE

FILME

WERBUNG

PUBLIC RELATIONS

SONDERPROJEKTE

WEBSOLUTIONS

für

- ◆ Städte + Gemeinden
- ◆ Verbände + Vereine
- ◆ Gewerbe + Handel + Industrie

MEDIA & MARKETING
M.+I. Murczek OEG
 2491 Neufeld • Lisztg. 2
 02624 / 52 10 25
 0676 / 610 62 97
 murczek@aon.at



Die Kinderbetreuung wird in den burgenländischen Gemeinden ab 1. Jänner 2009 eine völlig andere Basis vorfinden.

Foto: bilderbox

Liebe Freunde aus den burgenländischen Gemeinden!

In unserem **Weihnachts- und Feiertagsprogramm** werden Sie sicher das eine oder andere Bild aus Ihrer Gemeinde sehen können

und sich daran hoffentlich erfreuen. Wir bedanken uns bei Ihnen für die **Zusammenarbeit im Jahr 2008.**

Das BKF-Team wünscht Ihrer Gemeinde **ein schönes Weihnachtsfest und ein Prosit 2009.**

Mag. Nikolaus Donner
Geschäftsführer

Feri Tschank
Programmchef

DAS WEIHNACHTSPROGRAMM.

	MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
			24.12.	25.12.	26.12.	27.12.	28.12.
			Best of WOHN-TRAUM 1	Best of LAND-LEBEN 1	Best of EINBLICK	Best of KULI-NARIUM 1	Best of ENERGY
			Ansprache Iby & Koch	Best of BGLD. AKTUELL 1	Best of BGLD. AKTUELL 2	Best of BGLD. AKTUELL 3	Best of BGLD. AKTUELL 4
			Weihnachtslieder				
	29.12.	30.12.	31.12.	01.01.	02.01.	03.01.	04.01.
	Best of WOHN-TRAUM 2	Best of EINFACH LEBEN 1	Best of HOPPALA	Best of HOPPALA (WH)	Best of NORAS WELT 1	Best of LAND-LEBEN 2	Best of KULI-NARIUM 2
	BGLD. AKTUELL	BGLD. AKTUELL	Best of ZWA-DABEI 1	Best of ZWA-DABEI 2	Ansprache LH Niessl	Best of MOTOR.TV	Best of MOTOR.TV (WH)
	Best of SPORT 1	Best of SPORT 1			Best of SPORT 3		
	05.01.	06.01.	07.01.	08.01.			
	Best of EUROFIT	Best of EINFACH LEBEN 2	Best of NORAS WELT 2	Best of WOHN-TRAUM 3			
	BGLD. AKTUELL	BGLD. AKTUELL	BGLD. AKTUELL	BGLD. AKTUELL			
	ZWA-DABEI	ZWA-DABEI	ENERGY	ENERGY			



Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie

Die am 21. und 22. Oktober tagende RGRE-Arbeitsgruppe öffentliches Auftragswesen befasste sich u. a. mit der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie und der Einbeziehung der kommunalen Verbände in diesen Prozess. Die DL-RL muss bis Ende 2009 in nationales Recht umgesetzt sein, derzeit läuft in fast allen Mitgliedstaaten das „Screening“ des Rechtsbestandes.

Auch wenn der Großteil des nationalen, die DL-RL berührenden Rechtsbestandes auf zentraler Ebene zu finden ist, erkennt auch die Kommission an, dass gewisse kommunale Bestimmungen in Konflikt zur RL stehen können.

Grundsätzlich müssen im „Screening“ sämtliche Gesetzestexte und Verfahren geprüft werden, die für den freien Dienstleistungsverkehr und Unternehmensansiedelungen von Bedeutung sind. In den meisten Mitgliedsstaaten sind die Wirtschaftsministerien für die Organisation des Screenings und der weiteren Umsetzung verantwortlich, unterschiedlich ist jedoch der

Grad der Einbeziehung der Kommunen bzw. ihrer Verbände.

In den Niederlanden informiert die Regierung die Kommunen umfassend über die sie betreffenden Auswirkungen der Richtlinie, während die britische Regierung lediglich eine Liste jener gesetzlichen Bestimmungen online stellte, die überprüft werden sollen. In Schweden erhält der Verband der Regionen und Gemeinden drei Monate Zeit, die von der Regierung vorgeschlagenen, durch die Richtlinie nötigen Anpassungen der schwedischen Gesetzgebung zu kommentieren. Insgesamt vertreten mehrere Mitgliedsstaaten die Position, die notwendigen Anpassungen werden sich auf wenige Bereiche konzentrieren und mehr oder weniger kosmetischen Inhalts sein. Gerechnet wird v. a. mit Novellierungen im Umwelt- und Sozialrecht, wobei weder Vertreter der Verbände noch die Kommission konkrete Beispiele nennen konnten. Auf die Frage, ob Pflege unter die von der Dienstleistungsrichtlinie ausgenommenen Gesundheitsdienste falle, antwortete die Vertreterin der Kommission mit einem klaren Nein. Klargestellt wurde auch, dass Bewilligungsverfahren für Dienste und Unternehmen nicht per se in Widerspruch zur Richtlinie stehen, sondern dass sie dann beibehalten werden können, wenn sie z.B. aus Umweltschutzwägungen begründet sind.

Die Kommission geht im Übrigen davon aus, dass anfangs v. a. die Bau- und Immobilienbranche, Reiseanbieter und Fremdenführer, Cateringdienste sowie Rechtsanwälte und Tierärzte von den Möglichkeiten der Dienstleistungsrichtlinie Gebrauch machen werden.

Interkommunale Kooperationen

Im Rahmen derselben Arbeitsgruppensitzung diskutieren die Vertreter der RGRE-Mitgliedsverbände mit einem Vertreter der EU-Kommission über interkommunale Kooperationen. Die Kommission vertritt nach wie vor den Standpunkt, dass es keinen Persilschein für interkommunale Zusammenarbeit gibt, v. a. wenn diese nicht im Rahmen eines Gemeindeverbandes, sondern auf loser oder privatrechtlicher Basis erfolgt. Insbesondere vermisst die Kommission konkrete Gründe, warum interkommunale Zusammenarbeit von der Anwendung des Vergaberechts auszunehmen sei.

Von Seiten des RGRE wurde vorgebracht, dass die kommunale Aufgabenbesorgung nicht zuletzt aufgrund EU-rechtlicher Vorgaben immer komplizierter werde, weshalb Gemeinden quasi zur Kooperation gezwungen werden. Die Thematik soll jedenfalls auch in die RGRE-Charta über öffentliche Dienste einfließen, konkrete Rückmeldungen aus den Landesverbänden und Gemeinden sind willkommen. ♦

Spatenstich für VS Winden/See

Kürzlich erfolgte der Spatenstich für die neue Volksschule in Winden am See. Bei den Feierlichkeiten anwesend waren neben dem Gastgeber, Bundesrat und Bürgermeister Erwin Preiner, u.a. Landeshauptmann Hans Niessl und der amtsführende Präsident des Landesschulrats, Gerhard Resch.

„Die Investitionen der Gemeinde in die Infrastruktur sind vorbildlich“, meinte der Landeshauptmann und verkündete in seiner Funktion als Landesschulratspräsident des Burgenlandes auch gleich die Einrichtung einer dritten Klasse in der Volksschule Winden. Bisher gab es in Winden zwei Klassen, wobei die 1. und 2. Schulstufe, sowie die 3. und 4. Schulstufe zusammen unterrichtet wurden. Die jüngere Klasse, zusammen 26 Kinder, soll geteilt werden, sobald eine zusätz-

liche Lehrkraft verfügbar ist.

Der Neubau der Volksschule wurde notwendig, weil das bisherige, schon recht alte Gebäude zunehmend zu klein für die steigende Kinderzahl in Winden geworden ist. Das neue,

barrierefreie Gebäude in der Bergacker-Siedlung wird auf 1.700 m² genügend Raum für die Schulkinder bieten. Teil des Neubaus ist auch ein großer Turnsaal, der außerhalb der Unterrichtszeit der gesamten Gemeindebevölkerung zur Verfügung stehen soll. Die Fertigstellung des neuen Gebäudes ist für 2010 geplant.



v.l.: BSI Dr. Stefan Szecsenyi, VD Anna Geyer, Architekt DI. Werner Thell, BR Bgm. Erwin Preiner, LH Hans Niessl, LSR Dr. Gerhard Resch, LSI Erwin Deutsch, Dir. Vincent Zechmeister (Teerag-Asdag)

Hochwasserschutz Stooberbach

Nach einer Bauzeit von rund sieben Jahren – Spatenstich war im November 2001 – wurde nun die Hochwasserrückhalteanlage Stooberbach, ein vorbildliches Hochwasserschutzprojekt, finanziell abgerechnet.

Die Gesamtbaukosten wurden seinerzeit auf ATS 40 Mio. (rd. 2,9 Mio. Euro) geschätzt. Die tatsächliche Endabrechnung ergab Euro 3.017.761,26, wobei für die Grundaufbringung insgesamt Euro 1.043.541,10 zu Buche stehen. Der Finanzierungsschlüssel wurde wie folgt festgelegt: 50 % Bund, 40 % Land, 10 % Gemeinden (davon 6 % Stoob, 3 % Oberpullendorf, 0,75 % Frankenu-Unterpullendorf, 0,25 % Lutzmannsburg).

Dieser Finanzierungsschlüssel wurde jedoch in keiner Bauphase eingehalten. Die Anteile des Bundes (vertreten durch das Landwirtschaftsministerium) waren in den Jahren 2000 bis 2007 mit Beträgen zwischen Euro 230.000 und 500.000 im Rückstand, die mit Kreditfinanzierungen durch die Marktgemeinde Stoob kompensiert werden mussten. Die daraus entstandene Zinsbelastung von ca. Euro 120.000 muss von der Marktgemeinde Stoob aufgebracht werden. Per Ende Oktober 2008



waren nach wie vor Bundesmittel in der Höhe von Euro 175.315,98 ausständig!

Trotz dieser Finanzierungsprobleme hat sich die Anlage bereits bewährt. Beim Hochwasser vom 26./27. Juni 2008 wurde das Becken mit einem Rückhaltevolumen von 400.000 m³ und einer Ausdehnung von 15 ha zur Gänze gefüllt (d.s. 400.000.000 l Wasser!). Ohne das Rückhaltebecken wären damals 107 anstatt 57 m³/sec. im Stooberbach weitergeflossen und hätten gravierende Überflutungen und Schäden in den darunter liegenden Gebieten und

Freuen sich über einen effizienten Hochwasserschutz für ihre Gemeinden: Die von der Rückhalteanlage betroffenen Gemeindevertreter im Stooberbach-Gebiet.

Gemeinden angerichtet.

Neben der Schutzwirkung wurde bei der Errichtung auch auf die ökologischen Aspekte Rücksicht genommen. Es wurden 10.000 Sträucher und Bäume gepflanzt. Verschiedene Biotopflächen bieten wertvollen Rückzugsraum für Fauna und Flora.

Auf der Dammkrone führt der Radweg R 50. Die gesamte Anlage wird mittlerweile als wertvolles Naherholungsgebiet angenommen und ist beispielgebend für das positive Zusammenwirken von Mensch und Natur. ♦

Sozialhilfe: Plus 4 Prozent

Die Burgenländische Landesregierung hat auf Initiative des Vorsitzenden des Sozialhilfebeirates, Soziallandesrat Dr. Peter Rezar, beschlossen, die monatlichen Richtsätze nach dem Burgenländischen Sozialhilfegesetz deutlich zu erhöhen.

Demnach sollen ab 1. Jänner 2009 die Sozialhilferichtsätze um 4% erhöht werden. In Zahlen ausgedrückt bedeutet dies, dass Alleinstehende künftig anstatt 455,40 Euro monatlich 473,60 Euro an Unterstützung bekommen. Bei der Unterstützung für Familien wird nach Hauptunterstützten und nach Mitunterstützten unterschieden. Der/die Hauptunterstützte erhält 391,90 Euro (2008: 376,80 Euro), mitunterstützte Erwachsene erhalten 285,90 Euro (2008: 274,90 Euro). Anstatt 134,90 Euro gibt es ab Jänner 140,30 Euro für zu versorgende Kinder.

Nach dem Burgenländischen Sozialhilfegesetz ist die Möglichkeit gegeben,

sozial schwachen Personen Unterstützung zu gewähren. Diese Unterstützung kann in Form von Geldleistungen für den Lebensunterhalt, die Pflege, die Krankenhilfe, die Unterbringung in Einrichtungen und die Übernahme der Bestattungskosten gewährt werden.

Weiters wurde die Erhöhung der Bekleidungsbeihilfe für in Heimen und Anstalten stationär untergebrachte Personen um 4% auf 321,30 Euro jährlich erhöht.

Für die behindertengerechte Adaptierung eines Pkw's kann eine Förderung bis zu 881,60 Euro (2008: 847,30 Euro) gewährt werden.

Die Gewährung der Hilfe, insbeson-

dere für Lebensunterhalt, wird auch davon abhängig gemacht, inwieweit der/die Hilfesuchende bereit ist, seine Arbeitskraft in zumutbarer Weise zur Beschaffung seines Lebensbedarfs einzusetzen.

Die Steigerung um 4% soll auch gegen die allgemeine Teuerung wirken.

Zu den Aufgaben des Sozialhilfebeirates gehört die Beratung der Landesregierung bei der Erlassung von Verordnungen und bei der Behandlung grundsätzlicher, die Sozialhilfe betreffender Fragen. Dem Sozialhilfebeirat gehören vier Mitglieder des Landtags, sechs Vertreter der Gemeinden, Vertreter der zuständigen Abteilungen der Landesregierung, ein Vertreter des Arbeitmarktservices, Vertreter von Trägern der freien Wohlfahrtspflege sowie ein Vertreter der Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation an. Vorsitzender des Beirates ist Landesrat Dr. Peter Rezar. ♦

Kommunalpolitik in Paris

Ein überaus intensives kommunales Programm absolvierten die Teilnehmer der Fach- und Bildungsvergense des Österreichischen Gemeindebundes kürzlich in Paris. Die rund 60 TeilnehmerInnen führten Gespräche mit den Schwesterverbänden, EU-Vertretern und dem österreichischen Botschafter. Fazit von Gemeindebund-Vizepräsident Ernst Schmid: „Die Probleme in der Kommunalpolitik in den beiden Ländern sind ähnlich, die heimischen Gemeinden sind in ihren Möglichkeiten – Stichworte: **Finanzausgleich und föderale Struktur** – aber weit vor den französischen!“

Bei einem Treffen mit der Association des Petites Villes des France (APVF), der Interessensvertretung der kleinen französischen Gemeinden (zwischen 3.000 und 20.000 EW), wurden gemeinsame Probleme und Interessen erörtert. Die insgesamt 36.000 französischen Gemeinden verfügen beispielsweise über keinen Finanzausgleich mit dem Zentralstaat und müssen jährlich ihre Mittel neu verhandeln. „Das macht es für uns sehr, sehr schwierig, unsere Budgets zu planen“, so der Vizepräsident der APVF, Philippe Bodard.

Die Gesamtanzahl der Gemeinden in Frankreich ist deshalb so hoch, weil im Grunde alles, was in Österreich eine Ortschaft ist, dort als eigene Gemeinde gewertet wird, der jeweils ein Ortsvorsteher (Bürgermeister) vorsteht. Die eigentliche Macht liegt freilich bei einer Organisationseinheit, die am ehesten mit einem Bezirk in Österreich vergleichbar ist.

Im Zentrum der weiteren Gespräche standen Probleme, die auch in Österreich latent sind. Ernst Schmid: „Wir haben gesehen, dass auch in Frankreich die Themen Daseinsvorsorge und demographische Entwicklung die kommunalpolitischen Diskussionen dominieren!“

36.000 Gemeinden in Frankreich

Die Gemeinden sind in Frankreich in mehreren verschiedenen Verbänden organisiert. Die Gemeindebund-Delegation traf auf den Präsidenten der 36.000 BürgermeisterInnen, Jacques Pelissard, der von all diesen Bürgermeistern in direkter Wahl gewählt wird. „Alles, was in Brüssel beschlossen wird, trifft am Ende auch die Gemeinden in der Umsetzung“, sprach Pelissard die

europäische Dimension von Kommunalpolitik an. Daher sei es besonders wichtig, dass die Gemeinden auch in Europa bei den Institutionen vertreten seien, um dort ihre Anliegen zu artikulieren und einzubringen.

Am zweiten Reisetag stand ein Termin mit einem Vertreter der EU-Ratspräsidentschaft auf dem Programm. Antoine Joli, Generalsekretär für Kooperation im französischen Außenministerium empfing die Delegation zum Gedankenaustausch. Den französischen Gemeinden seien internationale Kooperationen und Partnerschaften mit europäischen Gemeinden ein großes Anliegen. „Mehr als 4.000 Gemeindepartnerschaften bestehen allein zwischen Frankreich und Deutschland. Im Grunde hat fast jede deutsche Gemeinde eine französische Partnergemeinde“, so Joli.

Am Nachmittag des 17. Oktober wurden die österreichischen BürgermeisterInnen schließlich von der Generaldirektorin der Stadt Paris empfangen. Im Gegensatz zur heimischen Bundeshauptstadt ist die Stadt Paris für die Gesundheitseinrichtungen nicht verantwortlich. Daraus resultiert auch der er-



Burgenland Delegation: v.l.n.r.: GVV LGF Mag. Herbert Marhold, LAbg. Bgm. Matthias Gelbmann, KO LAbg. Rudi Strömmer, GB-Präsident LAbg. Bgm. Leo Radakovits, GVV-Präsident LAbg. Bgm. Ernst Schmid, GB-LGF Matthias Heinschink

heblich geringere Mitarbeiterstand von 40.000 (Wien: 70.000). „Viele wissen auch nicht, dass die Stadt eigentlich sehr klein ist“, so die Direktorin. „London ist von der Fläche her acht Mal so groß, Berlin sogar 15 Mal.“

Reise-Resümee von GVV-Präsident Ernst Schmid. „Der Österreichische Gemeindebund lebt den europäischen Gedanken, indem jedes Halbjahr eine solche Reise, jeweils in die Hauptstadt jenes Landes, das die Ratspräsidentschaft innehat, organisiert wird.“ Folgerichtig führt die nächste Reise von 14. bis 16. Mai 2009 nach Prag. Interessierte KommunalmandatarInnen können sich schon jetzt unter oesterreichischer@gemeindebund.gv.at anmelden. ♦



v.l.n.r.: GVV-Präsident Ernst Schmid, Übersetzerin, Österreichischer Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer



GVV - Urlaub 2009

SONDERKONDITIONEN

- ▶ **Besonderer SPÖ-Rabatt auf alle Katalogpreise**
(gilt auch für Sonderangebote, last minute, fly only, ...)!)
- ▶ **Keine Buchungsgebühr oder Bearbeitungsgebühr!**
- ▶ **Keine Anzahlung!**
- ▶ **Bezahlt wird erst nach Erhalt der Reiseunterlagen, zirka 10 Tage vor Reiseantritt!**
- ▶ **Bestpreisgarantie!**
(Preisvergleich bei gleichen Hotels verschiedener Veranstalter!)
- ▶ **Einmaliger Grand Tours-Treuebonus:**
GRATIS-Wochenende für 2 Personen in der Thermenregion (Südbgld.) in einem 4-Sterne-Hotel, NF, nach der 4. Buchung!

Die Buchungen erfolgen telefonisch, mittels Fax oder per e-mail.

- Gewählt werden kann aus allen Katalogen, die in Österreich auf dem Markt sind (TUI, Neckermann, Gulet, Magic Life, 1-2-fly, Terra Reisen, Bentour, Fti, Nazar, Tai Pan, Dertour, Costa Kreuzfahrten, Jahnreisen, ETI u.v.a.m.)
- Die Kataloge werden Ihnen zugesandt, oder Sie besorgen sich diese selbst.
- Die Reiseunterlagen (Tickets, Voucher, Rechnung) erhalten Sie auf dem Postweg.

Vergleichen Sie! Ein Anruf lohnt sich bestimmt!

Telefon 03358 - 2033

ZUKUNFT.
SEIT GENERATIONEN
AN IHRER SEITE.



50
JAHRE

Bereits vor Jahren haben wir die Bedeutung von reiner Energie erkannt und investieren seitdem in umweltfreundliche Technologien. Heute ist die BEWAG bei Ökostrom die Nummer 1 in Österreich. Mit Innovationen im Bereich erneuerbare Energiequellen sorgen wir für ein besseres Morgen, damit auch kommende Generationen in einer intakten Umwelt aufwachsen können.

BEWAG

BEWAG. WIR SIND ENERGIE.

www.bewag.at



www.volkshilfe.at

**armut
tut weh.**

Margit Fischer

Spenden hilft.
PSK 90.175.000 BLZ 60000

volkshilfe.
solidarität leben

Bank Austria
Urban Group

JET ALLIANCE
urban media

urban media

WIENER
STÄDTISCHE
SOCIAL ACTIVE

meinspende.at



Spendenerlagscheine bei Bank Austria, BAWAG PSK und Post AG

I M P R E S S U M

Medieninhaber und Verleger:

Sozialdemokratischer

Gemeindevertreterverband

Perlmayerstraße 2, 7000 Eisenstadt

www.gvvbgld.at

Redaktion: Media & Marketing

M.+I. Murczek OEG

Lisztgasse 2, 2491 Neufeld/L.

Herstellung: Danek Grafik Repro Druck GesmbH,

Industriestraße 1/11, 7053 Hornstein

P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt

Zulassungsnummer: 02Z034036 M